

Unireform: Vom Schwafeln, vom Schweigen und vom Streiken

Letzten Freitag endete die Begutachtungsfrist, heute ruft die Hochschullehrer-Gewerkschaft zum Arbeitskampf. Zeit für eine Zwischenbilanz: Wem nützt das neue Unigesetz? Und: Ist der Streik ein geeignetes Mittel des Protests?

KOMMENTAR DER ANDEREN

Christian Fleck*

In der Debatte dominiert die Rhetorik. Die Gegner der Reform sehen die Demokratie bedroht, beklagen die Verletzung des Vertrauensgrundsatzes, sprechen von Leistungsfeindlichkeit und flächendeckender Demotivierung der Unilehrer. Humboldts Universität sei dahin, und die Frauenquote werde in den Keller rutschen („Protestpanorama“, STANDARD, 20. 4.).

Die Ministerin und einige wackere Knappen, die ihr in letzter Minute publizistisch zur Hilfe eilten, loben die größere Autonomie, die dreijährigen Budgets, sehen europäische Züge irgendwohin fahren, an die wir den Anschluss nicht verlieren dürfen, preisen Chancen für tolle Dozenten und halten prophylaktisches Fürchten für unsinnig.

63 Profiteure

Die Mehrheit derer, denen die Kritiker eine dunkle und die Befürworter eine rosige Zukunft prophezeien, schweigt. Das allein spricht Bände über die geistige Elite. Nur allergüebteste Ohren können feine Unterschiede des Schweigens ausmachen:

Da sind einmal jene, die glauben, nach der Reform besser dazustehen, aber zu vorsichtig sind, sich vorher dafür auszusprechen. Dann die, deren innere Kündigung schon länger zurückliegt, sowie solche, denen ihre Univeritätsposition nur dazu dient, ihr Zusatz Einkommen zu maximieren. Und schließlich jene, die fest davon überzeugt sind, dass ihnen sowieso nichts passieren könne, und deswegen den Gesetzesentwurf gar nicht gelesen haben.

Das breitere Publikum – und dazu zählen leider auch die Studierenden – ist ratlos und eher desinteressiert. Während die Regierung bisher den Steuerzahlern (durch das Nulldefizit), den Tüchtigen (durch Privatisierung) und den Anständigen (durch Aufsichtsrats- und andere Posten) geholfen hat, sind bei der Uni-

reform die Nutznießer nicht auszumachen. Eine Reform, die diesen Namen verdient, braucht aber Verbündete in der jeweiligen Institution.

Bei der „Uni neu“ sind allein die künftigen Universitätsräte (63 an der Zahl) als Profiteure auszumachen. Für eine echte Reform ist das ein bisschen zu wenig; für die Zerstörung der Institution mögen es allerdings genug sein.

Natürlich stimmt es, dass ein Streik in Dienstleistungsbetrieben zuerst einmal immer die Falschen trifft. Wenn allerdings alle Vorschläge der Reformwilligen einfach beiseite gewischt wurden, ist nicht zu sehen, wie diese sich sonst noch Gehör verschaffen können. Die meisten heute Streikenden hätte eine überlegere Politik als Verbündete gewinnen können.

Dabei hätte man sich ruhig von der Reform der 70er-Jahre belehren lassen können, als sich unter dem Banner der demokratischen Mitbestimmung jene versammelten, die seither zur wenigstens partiellen Verbesserung beitrugen. Denn, wie immer man über die Qualität der heutigen Universtitäten auch denken mag, besser als die der 50er-Jahre sind sie allemal.

Gegen Gehrens Reformmodell lassen sich einige prinzipielle Einwände formulieren. Und es lässt sich eine nicht geringe Zahl von Pro-



Christian Fleck: Ohne Verbündete muss jedes Reformprojekt scheitern. F.: Jungwirth



blemen aufzählen, die nicht einmal angepöpt werden.

Der Universitätsrat sei eine Art Aufsichtsrat. Im Unterschied zu diesen ist allerdings völlig unklar, wie die Universitätsräte zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sich das, wofür sie votieren, als mangelhaft oder schlecht herausstellen sollte. Echte Aufsichtsräte unterliegen dem Aktiengesetz, und das gilt auch für die Boards of Trustees der Weltklasse-Unis.

Dass sich das Ministerium nicht mit dieser Kontrolle begnügt, sondern zudem über „Leistungsverträge“ detaillierte Vorgaben fixieren will, nährt die Zweifel der Kritiker. Gegen Leistungsverträge wäre nichts zu sagen, wenn klar wäre, was in ihnen stehen wird und stehen kann. Solange das Dogma des freien Zugangs zu allen Hochschulstudien gilt, fungiert die Universtität auch als Wärmestube für jene, die noch nicht in den Arbeitsmarkt eintreten wollen oder können. Dafür, dass österreichische Universtitäten Studenten eine sozial halbwegs akzeptable Übergangszeit gewähren, kann man sie weder loben noch tadeln.

Die Karrieren künftiger Universtitätslehrer regelt der Entwurf schlicht unaufrechtig. Die Habilitation wird nicht abgeschafft, aber irgendwie entwertet, ja, eigentlich für überflüssig erklärt – aber es gibt sie weiterhin.

Popper lesen!

Künftig sollen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach sechs Jahren trachten, eine Professur zu bekommen. Wenn ihnen das nicht gelingt, fliegen sie hinaus, weil ihre Stellen strikt zeitlich beschränkt sind. Das Durchschnittsalter der Habilitierenden liegt heute bei 39 Jahren! Kreative Wissenschaftler so lange in einer abhängigen Position zu belassen, ist widersinnig. Aber statt das zu beseitigen, bleibt man beim alten System.

In der Debatte darüber, was künftig Studierende erwerben sollen, wird viel über soziale Kompetenzen geschwafelt. Die Mitbestimmung ist bisher ein Weg, auf dem Studierende eben diese Kompetenzen erwerben können. Sie soll eliminiert werden, weil sie nur viel Zeit kostet und nichts bringt. Ihre – wie wir Soziologen sagen – latenten Funktio-

nen werden überhaupt nicht gesehen. Universtitäten sind unübersichtliche Institutionen, die in manchen Bereichen gut und in anderen schlecht funktionieren. Sie nach einer Generalformel reformieren zu wollen zeugt nicht nur von der Hybris der Gesetzesautoren, sondern auch davon, dass sie eine der Einsichten eines Großen der österreichischen Geistesgeschichte, Karl Popper, einfach nicht zur Kenntnis genommen haben: Reformen können sinnvoll nur schrittweise erfolgen.

Ironie der Geschichte

Die neue Universtität soll autonom sein. Tatsächlich entlässt das Ministerium die Unis aber nicht in eine durch klare Regeln beschränkte Freiheit, sondern schreibt ihnen vor, wie sie sich intern organisieren müssen. Der mutige Schritt, es jeder Uni zu überlassen, wie sie die mit ihr vereinbarten Leistungen erbringt, fehlt. Das nährt ein weiteres Mal die Zweifel der Kritiker.

Dass eine Ministerin, der das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre bekannt sein sollte, sich einen sozialtechnologischen Generalplan unterjubeln ließ, wird als Ironie in die Geschichte eingehen; als Fußnote wird man dann auch lesen können, dass die Unis dabei vor die Hunde gingen.

Die wirklichen Probleme des Systems höherer Bildung liegen in seiner mangelnden europäischen Konkurrenzfähigkeit, die man an der geringen Zahl ausländischer Studierender ablesen kann; sie liegen in den Nebenfolgen des freien Hochschulzugangs und schließlich darin, dass die österreichische Seele sich gerne lange Zeit lässt – mit dem Studienabschluss und der Beförderung des Nachwuchses in Positionen, in denen dieser nicht mehr von anderen abhängig ist.

All das wird vom neuen Gesetz nicht einmal tangiert. Der Streik richtet sich zugegebenermaßen nicht dagegen, aber sollte er dieses Gesetz verhindern helfen, dann hat er Gutes bewirkt, indem er eine mehrdeutige Pseudoreform zu Fall gebracht hat.

*Der Autor ist Dozent am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität in Graz.

TIMMEN

kolor rote Regierung, wenn sie auf die derzeitige Koalition folgte, das Gesetz keineswegs aufheben würde. Sie würde vielmehr froh sein, dass andere „nützliche Idioten“ diesen unpopulären, aber angeblich so wichtigen Schritt zur Qualitätssicherung getan haben.

Die jetzt propagierten Streiks (Nichtbesuch bzw. Nichtabhalten von Lehrveranstaltungen) sind eine läppische Maßnahme, weil ein Streik immer nur dort sinnvoll ist, wo durch ihn ein bezifferbarer Schaden, etwa durch Produktionsausfall in einer Fabrik, entsteht. Auf der Uni bewirkt der Streik, dass Lehrende mit ihrem Stoff nicht fertig werden und Studierende nachlernen müssen, sonst nichts. Effektvoller wäre eine tagelange Besetzung der Ringstraße oder andere Aktionen, deren Erfindung ich der Fantasie unserer Mittelbau- und Studentenvertreter überlasse

Univ. Prof. Helmut Birkhan, Institut für Germanistik der Universität Wien, 1010 Wien

Rühmliche Ausnahme

Beitritt: VP-Verhalten nach Edlingers „Sieg Heil“-Zwischenruf im Parlament

Es ist fast untergegangen, dass beim Auszug aus dem Plenum am Donnerstag ein Abgeordneter der ÖVP nicht mitgemacht hat. Wenigstens ein einziger Abgeordneter der Regierungspartei hatte die Ehre und den Anstand, sich die Entschuldigung Rudolf Edlingers anzuhören! Meine Hochachtung vor diesem Abgeordneten, der eine eigene Meinung hatte und bei dieser Schmierenskomödie nicht mitmachte.

Vielleicht überdenken noch rückblickend einzelne weitere Abgeordnete der ÖVP, wo sie sich da hineinreiben ließen, wenn sie dadurch indirekt unterstützen (!) und dass sie nicht bei allem mitmachen müssen, das ihnen so vorgegeben wird.

PS: Der erwähnte Abgeordnete war Günter Stammvoll. Peter Jirß, 1070 Wien